



Nr. 10

9. März 2023

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Öffentlicher Dienst von Bund und Kommunen

[Einkommensrunde: Protestaktionen von komba und BDZ](#)

dbb frauen

[Internationaler Frauentag: Chancengerechtigkeit zentral für Gleichstellung](#)

dbb frauen

[Equal Pay Day 2023: „Verdienstlücke ist eklatanter Gerechtigkeitsbruch“](#)

dbb frauen

[Empowerment durch technologische Innovationen und Bildung](#)

dbb senioren

[Maßnahmen im Kampf gegen Altersarmut von Frauen gefordert](#)

dbb jugend

[Frauenpower für den Arbeitsmarkt](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

[Biodiversität: Artenschutz nur mit Investitionen in Zollabfertigung möglich](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Lehrkräftemangel deutlich gravierender als angenommen](#)

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR)

[Klare Bildungsgänge hin zu Schulabschlüssen sind erforderlich](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Öffentlicher Dienst von Bund und Kommunen Einkommensrunde: Protestaktionen von komba und BDZ

„Die Daseinsfürsorge droht zu kollabieren.“ Mit deutlichen Worten hat dbb Tarifchef Volker Geyer in Solingen höhere Einkommen im öffentlichen Dienst gefordert.

Bei einer Kundgebung in der Stadt am 7. März 2023 haben sich über 400 Beschäftigte aus dem kommunalen öffentlichen Dienst versammelt, um für 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro höhere Einkommen zu demonstrieren. Geyer stellte dazu klar: „Diese Forderung ist absolut berechtigt. Die Inflation ist weiterhin hoch und es ist kein Ende in Sicht. Gerade der Staat als Arbeitgeber darf seine Beschäftigten in dieser Krise nicht alleine lassen. Die Beschäftigten in den Kommunen, die sich um die alltäglichen Anliegen der Bürgerinnen und Bürger kümmern, haben Wertschätzung verdient. Stattdessen blockieren Bundesinnenministerin Nancy Faeser und die Präsidentin der kommunalen Arbeitgeber Karin Welge die Verhandlungen. Das ist das Gegenteil von Wertschätzung, das ist eine Respektlosigkeit.“

Geyer warnte außerdem vor den langfristigen Folgen dieser Blockadepolitik: „Bereits heute fehlen uns über 360.000 Menschen im öffentlichen Dienst. Stellen sind immer schwerer zu besetzen. In dieser Situation ist die Blockadehaltung der Arbeitgeber doppelt verheerend: Einerseits für die Kolleginnen und Kollegen, die jeden Tag ihr Bestes geben. Andererseits

für die dringend benötigten Nachwuchs- und Fachkräfte, die so ein Verhalten natürlich sehr genau registrieren. Wenn der öffentliche Dienst personell weiterhin ausblutet, wird die Daseinsfürsorge über kurz oder lang kollabieren – weil schlicht keine Menschen mehr da sind, die diese wichtige Arbeit machen wollen.“

An den Standorten Ludwigsburg, Heilbronn und Tauberbischofsheim fanden in den vergangenen Tagen Protestaktionen des BDZ-Deutsche Zoll und Finanzgewerkschaft statt, um die dbb Forderungen zu bekräftigen. BDZ und dbb erwarten außerdem die zeitgleiche und systemgerechte Übertragung des Tarifergebnisses auf den Bereich der Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Bundes sowie eine Reduzierung der 41-Stunden-Woche im Bereich der Bundesbeamtinnen und -beamten und eine Verlängerung des Tarifvertrags zur Gewährung von Altersteilzeit.

Für die Zeit bis zur dritten Verhandlungsrunde vom 27. und 29. März in Potsdam sind weitere Aktionen angekündigt. Alle Informationen dazu gibt es unter www.dbb.de/einkommensrunde.

dbb frauen

Internationaler Frauentag: Chancengerechtigkeit zentral für Gleichstellung

Neben der Chancengleichheit sei auch die Chancengerechtigkeit unabdingbar für die Gleichstellung der Geschlechter, unterstreicht dbb frauen Chefin Milanie Kreutz zum Weltfrauentag.

„Das grundlegende Problem, das wir beim Kampf um die Gleichstellung der Geschlechter haben, ist, dass der Bedeutung von Chancengerechtigkeit in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft nicht genug Rechnung getragen wird“, betonte dbb frauen Chefin Milanie Kreutz am 7. März 2023 in New York, wo sie anlässlich des Internationalen Frauentags (8. März 2023) als Mitglied der Delegation der Bundesregierung an der 67. Frauenrechtskommission der Vereinten Nationen (UN) teilnimmt.

Die Schwerpunktthemen der diesjährigen UN-Frauenrechtskommission, Innovation und technologischer Wandel sowie Bildung im digitalen Zeitalter, würden verdeutlichen, dass in der

Gleichstellung der Geschlechter neben der formalen Chancengleichheit auch Chancengerechtigkeit eine größere Rolle spielen müsse: „Der Unterschied ist einfach zu erklären: Chancengleichheit gibt jedem das gleiche Werkzeug, um beispielsweise einen Berg zu besteigen. Chancengerechtigkeit hingegen sorgt dafür, dass der Weg zur Spitze für alle gleich leicht oder schwer ist.“

Dafür müsse der Staat eine aktivere Rolle einnehmen, bekräftigt Kreutz: „Es geht uns nicht nur darum, dass jede oder jeder genau dieselben Möglichkeiten auf dem Papier hat. Ohne passgenaue politische Maßnahmen erhalten Frauen nicht dieselben Chancen wie Männern,

weil sie eben nicht gleich sind und andere Ausgangsbedingungen haben. Frauen kämpfen gegen strukturelle Nachteile an, die sich nicht von selbst in Luft auflösen.“

Neben der gezielten schulischen Förderung von Mädchen und jungen Frauen, um eine Berufs- und Studienwahl frei von Geschlechterklischees zu ermöglichen, gelte es auch, die Arbeitswelt der Zukunft als Vehikel für Gleichstellung zu nutzen: „Die Digitalisierung verändert unsere Gesellschaft und Arbeitswelt grundlegend. Selbstverständlich betrifft das auch die Geschlechterverhältnisse. Algorithmen arbeiten nicht immer diskriminierungsfrei und Frauen haben Studien zufolge einen geringeren Digitalisierungsgrad als Männer. Wir müssen in Deutschland erheblich in die Bildungsinfrastruktur und in die Digitalisierung investieren. Aber diese Investitionen dürfen nicht nach dem Gießkannenprinzip erfolgen, sondern müssen auf ihre gleichstellungsrelevante Wirkung hin geprüft werden. Nur so stellen wir eine nachhaltige und geschlechtergerechte digitale Zukunft für alle sicher“, fordert Kreutz.

„Gleichzeitig haben digitale Technologien und der Wandel der Arbeitswelt auch großes Potenzial, um Geschlechterstereotype zu durch-

brechen und Machtverhältnisse neu zu verhandeln. Dazu gehört auch das Konzept von lebenslanger Bildung, welches Frauen und Männer gleichermaßen befähigt, den Anforderungen einer sich immer rascher wandelnden Arbeitswelt gerecht zu werden. New Work Modelle wie ort- und zeitflexibles Arbeiten können die Gleichstellung durch eine bessere Work-Life-Balance vorantreiben, aber nur, wenn es klare gesetzliche Rahmenbedingungen gibt und unbezahlte Sorgearbeit zuhause von Frauen und Männern gleichermaßen übernommen wird. Flache Hierarchien und agile Arbeitsmethoden tragen außerdem dazu bei, dass die Leistung aller Beschäftigten sichtbar wird. Für Frauen bietet das eine größere Chance auf diskriminierungsfreies Fortkommen in der Arbeitswelt.“

Hintergrund:

Weltweit wirft der Internationale Frauentag jedes Jahr am 8. März ein Schlaglicht auf die Gleichstellung der Geschlechter. Das Motto des Aktionstages für Frauenrechte in diesem Jahr lautet „Embrace Equity“ und zielt darauf ab, die Welt darüber zu informieren, warum Chancengleichheit nicht genug sei und warum echte Gleichstellung Chancengerechtigkeit erfordere.

dbb frauen

Equal Pay Day 2023: „Verdienstlücke ist eklatanter Gerechtigkeitsbruch“

Klare Worte zum Equal Pay Day: „Die Verdienstlücke zwischen den Geschlechtern ist ein eklatanter Gerechtigkeitsbruch“, sagt dbb frauen Chefin Milanie Kreutz.

„Die Verdienstlücke zwischen den Geschlechtern ist kein Frauenproblem, sondern ein eklatanter gesamtgesellschaftlicher Gerechtigkeitsbruch“, stellt die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung Milanie Kreutz anlässlich des diesjährigen Equal Pay Day klar. „Dass dieser Gerechtigkeitsbruch in der Branche der Kunstschaffenden, aber natürlich auch in allen anderen Bereichen behoben werden muss – das ist keine ‚Kunst‘, sondern ein gesellschaftspolitisches Gebot im 21. Jahrhundert“, sagte Kreutz am 6. März 2023 in Berlin mit einem kritischen Seitenblick auf das offizielle Motto des diesjährigen Equal Pay Day – es lautet „Die Kunst der gleichen Bezahlung“.

„Wenn wir Frauen nicht fair für ihre Arbeit entlohnen, schränken wir ihre Möglichkeiten und ihre Potenziale ein und verlieren mitten in der Arbeits- und Fachkräftekrise wertvolle Talente

und Ressourcen“, warnte Kreutz. Eine gerechtere Bezahlung für Frauen sei nicht nur eine Frage der Gleichberechtigung, sondern auch eine Investition in eine krisenfeste und nachhaltige Zukunft. „Wir verlangen größere Anstrengungen als Transparenzgesetze, um effektiv gegen geschlechterbedingte Verdienstunterschiede vorzugehen. Einer modernen Demokratie steht es nicht gut zu Gesicht, wenn sich jede Betroffene erst durch sämtliche Instanzen klagen muss, um gleiches Geld für gleiche Arbeit zu bekommen. Das ist unwürdig“, kritisierte Kreutz.

Geschlechtergerechte Lösungen müssten endlich auch für die Handlungsfelder „unbezahlte Care-Arbeit“ und „typischer Frauenberufe“ gefunden werden, forderte die dbb Vize. „Es sind überwiegend Frauen, die zusätzlich zu ihrer beruflichen Tätigkeit unbezahlte Care-Arbeit wie Kinderbetreuung oder Angehörigenpflege

leisten. Es sind überwiegend Frauen, die in schlechter bezahlten Berufen arbeiten, insbesondere im öffentlichen Dienst etwa als Erzieherinnen oder Pflegerinnen. Sie und vor allem auch alleinerziehende Frauen erleiden hier erhebliche finanzielle Nachteile und sind aktuell noch stärker von Inflation und Preissteigerungen betroffen. Umso wichtiger ist es, dass wir auch hier umgehend spürbare Verbesserungen erreichen – in der laufenden Einkommensrunde für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen, aber auch darüber hinaus“, so Kreutz. Als weitere Ansatzpunkte für das Schließen der Verdienstlücke zwischen den Geschlechtern führte sie Personalgewinnungs- und -steuerungsinstrumente an: „Es gilt, Gender Biases bei Bewerbungs- und Beförderungsgesprächen sowie Leistungsbeurteilungen zu überwinden – die Vorurteilsbrille muss endlich runter, um für Frauen und gesellschaftlich marginalisierte Minderheiten von Beginn ihrer beruflichen Laufbahn an diskriminierungsfreies Fortkommen zu ermöglichen. Parallel brauchen wir die weitere Förderung flexibler Arbeitsmodelle und -zeiten, um Frauen eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie

und damit bessere Bezahlung zu ermöglichen“, erklärte Kreutz.

Hintergrund:

Der Equal Pay Day markiert symbolisch die geschlechtsspezifische Lohnlücke, die in Deutschland laut Statistischem Bundesamt 18 Prozent beträgt (Stand 7. März 2022). Errechnet wird der Termin des Equal Pay Day anhand der Zielgröße, dass Frauen und Männer den gleichen Stundenlohn bekommen. Der Equal Pay Day steht danach jeweils für den Tag, bis zu dem Frauen umsonst arbeiten, während Männer schon seit dem 1. Januar für ihre Arbeit bezahlt werden. Rechnet man den Wert in Tage um, arbeiten Frauen insgesamt 66 Tage umsonst. Der diesjährige Equal Pay Day findet deshalb am 7. März 2023 statt. Das Motto des diesjährigen Equal Pay Days ist „Die Kunst der gleichen Bezahlung“ und präsentiert Lösungsmöglichkeiten für mehr Lohngerechtigkeit in Kunst und Kultur, wo der Gender Pay Gap 2022 mit 20 Prozent in Kunst und Kultur über dem des branchenübergreifenden Durchschnittswerts liegt.

dbb frauen

Empowerment durch technologische Innovationen und Bildung

dbb frauen Chefin Milanie Kreutz unterstreicht bei der 67. UN-Frauenrechtskommission in New York die Bedeutung von Innovationen und Bildung für die Gleichstellung von Frauen.

„Arbeit 4.0 und New Work sind bedeutende Ansätze, um Frauen in der Arbeitswelt zu empower und ein ‚level playing field‘, also gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen, indem Benachteiligungen gegenüber Männern nach und nach ausgemerzt werden“, sagte Kreutz am 3. März 2023 in New York, wo sie als Mitglied der Delegation der Bundesregierung an der 67. Frauenrechtskommission der Vereinten Nationen (UN) teilnimmt. Schwerpunkt-Themen der diesjährigen Kommission sind Innovation und technologischer Wandel sowie Bildung im digitalen Zeitalter und die Frage, wie damit Geschlechtergleichstellung und die Stärkung aller Frauen und Mädchen zu erreichen sind.

„Insbesondere das technische Potenzial von Digitalisierung wird einen großen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie und damit zur Gleichstellung leisten“, dies habe man bereits während der Corona-Pandemie exemplarisch erlebt, so Kreutz, die auch Mitglied der dbb Bundesleitung ist. „Dieses

Momentum müssen wir jetzt nutzen und die Entwicklung beschleunigen und weiter optimieren, etwa mit einem verbindlichen Recht auf zeit- und ortsflexible Arbeit und – für die Berufe, in denen Remote-Arbeit nicht möglich ist wie etwa im Care-Bereich und der frühkindlichen Bildung oder bei Rettungs- und Sicherheitskräften – entsprechende kompensatorische Vereinbarkeitsmaßnahmen“, erläuterte Kreutz. Jenseits technischer Innovationen seien zahlreiche Instrumente aus dem Bereich von „New Work“ vielversprechend mit Blick auf die Förderung und Gleichstellung von Frauen. „Agile Methoden, flexible Arbeitszeitmodelle, Karrierewege und Führungskonstellationen sowie gendergerechte Leistungskriterien werden den Frauen in der Arbeitswelt Auftrieb verleihen“, zeigte sich Kreutz überzeugt, „deswegen wird sich die dbb bundesfrauenvertretung auf diesem Feld weiter massiv engagieren und für die Durchsetzung dieser Instrumente kämpfen.“

Im deutschen Bildungsbereich sieht Kreutz „erhebliche Innovationsdefizite, die sich nicht nur

nachteilig auf die Bildungsqualität auswirken, sondern ebenso negative Gleichstellungsvorzeichen setzen. Gerade in diesem Bereich, wo die Grundsteine für Chancengleichheit gelegt werden, brauchen wir attraktive Arbeitsbedingungen, um den Lehrkräftebedarf heute und in Zukunft decken zu können. Hierbei spielen digitale Lösungen, aber ebenso Gleichstellungsfördernde Aspekte wie gute Vereinbarkeit und flexible Führungsmodelle eine entscheidende Rolle“, so Kreutz.

Hintergrund:

Die 67. Sitzung der UN-Frauenrechtskommission, in der Vertreterinnen und Vertreter aus den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen

(UN) und UN-Einheiten zusammenkommen, tritt vom 6. bis 17. März 2023 in New York zusammen. Mitglied der jeweiligen Delegation sind stets auch Expertinnen und Experten zivilgesellschaftlicher Organisationen wie der dbb bundesfrauenvertretung. Die Frauenrechtskommission ist die Fachkommission für Gleichstellung der Geschlechter und für die Förderung von Frauenrechten der Vereinten Nationen und tagt als eine von zehn Fachkommissionen des Wirtschafts- und Sozialrates der UN, abgekürzt ECOSOC, einmal jährlich. Der ECOSOC ist wiederum eines der sechs Hauptorgane der Vereinten Nationen. Mehr Infos gibt es hier.

dbb senioren

Maßnahmen im Kampf gegen Altersarmut von Frauen gefordert

Aus Anlass des Weltfrauentages fordert die dbb bundessenorenvertretung größere Anstrengungen im Kampf gegen die Altersarmut von Frauen.

„In Deutschland sind Frauen stärker armutsgefährdet als Männer; im Alter nimmt dieses Risiko zu. Aufgrund der durch Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen verkürzten Arbeitsbiografien und auch der geringeren Einkommen in ‚typischen‘ Frauen-Berufen sind sie im Alter finanziell deutlich schlechter gestellt als Männer“, sagte Horst Günther Klitzing aus Anlass des Weltfrauentages am 8. März.

In der Altersgruppe 65+ hatten Frauen laut Statistischem Bundesamt im Jahr 2021 eine Armutsgefährdungsquote von 21,0 Prozent, während diese bei den Männern der gleichen Gruppe bei „lediglich“ bei 17,4 Prozent lag. Seniorinnen ab 75 Jahre waren ebenfalls zu 21,0 Prozent armutsgefährdet, während bei den Senioren dieser Altersgruppe die Quote 15,9 Prozent betrug.

„Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar! Die dbb bundessenorenvertretung fordert deshalb eine stärkere Berücksichtigung von Pflege- und Kindererziehungszeiten in Rente und Versorgung!“, so Klitzing.

Hintergrund:

Der internationale Frauentag oder Weltfrauentag wird jährlich am 8. März begangen. Im Internationalen Jahr der Frau 1975 wurde der 8. März durch die Vereinten Nationen zum „Tag der Vereinten Nationen für die Rechte der Frau und den Weltfrieden“ ausgerufen. Ursprünglich, in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, stand der Tag im Zeichen des Kampfes für Gleichberechtigung von Frauen und insbesondere für deren Wahlrecht. Erstmals fand der Frauentag am 19. März 1911 statt. Im Jahr 1921 wurde sein Datum auf den 8. März gelegt.

dbb jugend

Frauenpower für den Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt braucht Frauenpower, betont die dbb jugend zum Weltfrauentag am 8. März und appelliert, für Frauen endlich die Arbeitsbedingungen zu schaffen, die sie brauchen.

Sandra Heisig, 1. stellvertretende Vorsitzende der dbb jugend, richtete in ihrem Statement zum Internationalen Frauentag am 7. März 2023 den Blick zunächst auf den russischen

Angriffskrieg in der Ukraine, der dort unvorstellbares Leid verursache und viele Frauen und Kinder zur Flucht aus dem Land veranlasse. „Der Krieg in der Ukraine hat Auswirkungen

gen auf die gesamte Welt. Anlässlich des internationalen Frauentages möchte ich heute allerdings besonderes Augenmerk auf die weibliche Bevölkerung der Ukraine legen. Die Situation, völlig auf sich alleine gestellt zu sein, ist eine besondere Herausforderung. Unabhängig davon, dass der Ukraine Unterstützung zuzuschicken ist, sollten gerade auch die zu uns geflüchteten Frauen besonders gefördert werden“, sagte Heisig. Im Oktober lebten rund 1,02 Millionen Menschen mit ukrainischer Staatsangehörigkeit in Deutschland, mit 63 Prozent sind unter ihnen besonders viele Frauen und Mädchen. „Wir sollten Integrations- und Unterstützungsmaßnahmen auf einen langfristigen Aufenthalt ausrichten“, forderte Heisig, „nicht zuletzt auch mit Blick auf unseren Arbeitsmarkt, der in den kommenden Jahren mehr als je zuvor auch auf die Zuwanderung von Arbeitskräften aus anderen Ländern angewiesen sein wird. Neben psychosozialer Betreuung sind soziale Beziehungen und Netzwerke sehr wichtig für das Ankommen in Deutschland. Die Integration ukrainischer Frauen über Sprachkurse und schnelle Teilhabe am Arbeitsleben wird aber ohne geeignete Kinderbetreuung erschwert, deswegen gilt es, auch dort anzusetzen und möglichst zügig die Betreuungs- und Schulplatzsituation zu verbessern“, so Heisig.

Daria Abramov, stellvertretende Vorsitzende der dbb jugend, forderte den öffentlichen Dienst als größten Arbeitgeber in Deutschland

auf, in Sachen frauenfördernder Beschäftigungsbedingungen seiner Vorbildfunktion mit größerem Engagement gerecht zu werden. „Zwar liegt der Frauengesamtanteil im öffentlichen Dienst bei über 57 Prozent. Viele der Kolleginnen hängen jedoch in der Teilzeitfalle und/oder karrieretechnisch in der Warteschleife, weil mit fehlender Kinderbetreuung oder starren Beschäftigungsstrukturen Steine im Weg liegen. Gerade Frauen in den unteren und mittleren Gehaltsgruppen sind hiervon auch finanziell nachhaltig betroffen – die Einbußen aufgrund verhinderten Fortkommens ziehen sich ja durch bis zum Alterseinkommen“, warnte Abramov. „Der öffentliche Dienst muss flexibler werden, was Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen angeht“, unterstrich die dbb jugend Vize. „Als junge Frau habe ich selbst die Möglichkeit, eine Führungsposition in meiner Behörde zu bekleiden. Hierdurch habe ich viele Perspektiven. Das bleibt leider noch zu vielen Frauen verwehrt. Ausfallzeiten beispielsweise aufgrund von Beschäftigungsverboten, Mutterschutz oder Elternzeit dürfen nicht dazu führen, dass eine Führungsposition unerreichbar bleibt. Ob im Tandem oder in Teilzeit oder im agilen Projektteam – es gibt noch viel Spielraum, Frauen Führungsverantwortung zu ermöglichen und dabei Beruf und Privat unter einen Hut zu bekommen. Junge Frauen sind ein großer Teil der Zukunft des öffentlichen Dienstes. Diese Frauenpower muss der moderne Arbeitgeber Staat endlich entfesseln.“

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

Biodiversität: Artenschutz nur mit Investitionen in Zollabfertigung möglich

Am 3. März 2023 war Tag des Artenschutzes (UN World Wildlife Day). Zu diesem Anlass hat die BDZ darauf hingewiesen: „Anhand der Zahlen der Beschlagnahmungen in Zollkontrollen ist ersichtlich, dass der Handel mit vielen vom Aussterben bedrohten Tierarten weiter blüht. Eine Eindämmung des Problems würde eine Stärkung der Kolleginnen und Kollegen der Zollämter und Hauptzollämter voraussetzen.“

In den vergangenen zehn Jahren habe der Zoll insgesamt 1,77 Millionen geschützte Tiere oder Pflanzen und Produkte aus dem Verkehr gezogen. Im Schnitt würden Zöllnerinnen und Zöllner 1.200 Mal pro Jahr im gewerblichen Warenverkehr, im Gepäck von Reisenden oder in der Post entsprechend fündig. Nach wie vor führten Unwissenheit oder mangelndes Unrechtsbewusstsein von Urlaubenden zu vielen

Verstößen. Neben den klassischen „Mitbringern“ nehme aber auch der Versand über das Internet zu. Der Anteil von Internetbestellungen mache inzwischen sogar zwei Drittel des Volumens aller aufgegriffenen Sendungen aus, einen Schwerpunkt bildeten dabei Flughäfen. Bundesumweltministerin Steffie Lemke besuchte jüngst das Zollmuseum des Hamburger Hauptzollamts, in dessen Asservatenkammer

zahlreiche illegale gehandelte Exemplare zu sehen sind. Die Ministerin forderte im Zusammenhang mit der sich verschärfenden Biodiversitätskrise eine Stärkung des Vollzugs und insbesondere eine strengere Kontrolle des zunehmenden Online-Handels. Solche politischen Forderungen untermauern die langstehende Position des BDZ, den Zoll in seiner Kernaufgabe der Warenabfertigung nicht zu vernachlässigen. Denn seit zwei Jahren habe

man auch im Kontext des Wegfalls der Kleinbetragsfreigrenze im Postverkehr häufig auf die angespannte Situation in den Abfertigungsstellen hingewiesen. Trotzdem wurde aber nicht einmal der personelle Mehrbedarf von 1.200 Stellen, der sich allein für die Bewältigung dieser Aufgabenzuwächse durch das Mehrwertsteuer-Digitalpaket (E-Commerce) ergibt, in den vergangenen Haushalten abgebildet.

Verband Bildung und Erziehung (VBE) **Lehrkräftemangel deutlich gravierender als angenommen**

Laut einer repräsentativen forsa-Umfrage, die im Auftrag des VBE unter Schulleitungen durchgeführt wurde, waren zu Beginn des laufenden Schuljahres mehr als 50.000 Stellen an Schulen in Deutschland unbesetzt.

Seit 2018 beauftragt der VBE das Sozialforschungsinstitut forsa damit, eine repräsentative Umfrage unter Schulleitungen durchzuführen und sie hinsichtlich ihrer Berufszufriedenheit zu befragen. Von Beginn an wird der Lehrkräftemangel von den teilnehmenden Schulleitungen als größtes Problem genannt. In der letzten Berufszufriedenheitsumfrage gaben dies fast 70 Prozent an. Dieses Jahr wurde erstmals erfragt, wie viele Stellen konkret zu Beginn des laufenden Schuljahres unbesetzt blieben. Das Ergebnis: im Schnitt 1,6 offene Stellen pro Schule.

Gemessen an der Gesamtheit der allgemeinbildenden Schulen in Deutschland, die das Bundesamt für Statistik für das zurückliegende Schuljahr mit 32.206 beziffert hat, ergibt dies einen Wert von über 50.000 unbesetzten Lehrkräftestellen bundesweit. Hierzu Gerhard Brand, Bundesvorsitzender des VBE: „Ein bedrückender Befund, wenn man sich vor Augen führt, dass die Kultusministerkonferenz (KMK) zu Beginn des Jahres von 12.000 fehlenden Lehrkräften sprach und in ihrer Lehrkräftebedarfsprognose für 2035 von knapp 25.000 offenen Stellen ausgeht. In der Realität unserer Schulen ist die Lücke jetzt schon schätzungsweise doppelt so groß wie die KMK sie für 2035 prognostiziert und mehr als das Vierfache des Wertes, den die KMK zu Beginn des Jahres verbreitete.“

Im Schnitt konnten bundesweit 11 Prozent der Stellen nicht besetzt werden. Auch wenn dieser Wert seit 2018 zu stagnieren scheint, offenbaren die Daten auf den zweiten Blick eine

Verschlechterung der personellen Situation. Gab 2017 noch gut ein Drittel der Schulleitungen an, 6 bis 10 Prozent der Stellen nicht besetzen zu können, taten dies in der aktuellen Befragung 9 Prozentpunkte weniger. Stattdessen gaben 9 Prozentpunkte mehr an, 10 – 15 Prozent oder sogar mehr als 15 Prozent der Stellen nicht besetzen zu können. Dies bedeutet, dass sich die Situation an den betroffenen Schulen innerhalb des Betrachtungszeitraumes noch einmal verschlechtert hat. Deutlich dramatischer gestaltet sich die Situation an Grund- sowie an Förder- und Sonderschulen. Hier blieben sogar 14 bzw. 15 Prozent der Stellen offen. Insgesamt gehen 84 Prozent der Schulleitungen davon aus, zukünftig stark oder sehr stark vom Lehrkräftemangel betroffen zu sein. Brand fordert: „Politik muss sich ehrlich machen. Das Schönrechnen muss ein Ende haben. Denn nur mit einem realistischen Blick auf die Herausforderung kann es eine Lösung des Problems geben. Es braucht auch ein klares Bekenntnis dazu, ob und wie ernst die Politik es mit den schulpolitischen Maßnahmen Ganztage, Inklusion, Integration und der Unterstützung von Kindern in herausfordernden sozialen Lagen meint. Werden sie nicht bedarfsgerecht umgesetzt, drohen sie zu scheitern. Die KMK muss dringend seriöse, verbindliche und methodisch abgestimmte Standards bei der Erstellung zukünftiger Bedarfs- und Angebotsprognosen durch die Länder erarbeiten. Sie sind die notwendige Grundlage für eine belastbare Gesamtprognose auf Bundesebene.“

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR)
Klare Bildungsgänge hin zu Schulabschlüssen sind erforderlich

Der VDR Bundesvorsitzende Jürgen Böhm sieht in der Aufweichung und der Verwischung der Qualitätsstandards hin zu allgemeinbildenden Schulabschlüssen ein wesentliches Problem.

„Die aktuellen gestiegenen Zahlen der jungen Menschen ohne Schulabschluss in unserem Land sind ein Schlag ins Gesicht eines jeden Pädagogen und spiegeln vor allem eine verfehlte Schulstrukturpolitik der vergangenen Jahre wieder. Wer differenzierte Schulformen auflöst oder zusammenlegt, wer Förderschulen abschafft, wer abschlussbezogene Bildungsgänge einebnet, der muss sich nicht wundern, wenn man am Ende vor dem Scherbenhaufen steht. Leidtragende sind die jungen Menschen, die spezifisch gefördert und begleitet werden müssen“, sagte Böhm am 6. März 2023.

Der ewige politische Drang hin zum Abitur habe dazu geführt, dass die beiden wesentlichen allgemeinbildenden Schulabschlüsse – den Hauptschulabschluss und den Realschulabschluss – ins Abseits gerieten. Jungen Menschen sei suggeriert worden, dass man ohne Aufwand spielend höchste Abschlüsse erreichen kann. Dabei habe man die Leistungskomponenten vergessen. Der Weg zu einem der

drei allgemeinbildenden Abschlüsse müsse durch gezielte differenzierte Förderung begleitet werden.

Böhm: „Es ist für einen jungen Menschen ein großer Erfolg, einen Hauptschulabschluss zu erreichen – das muss ihm wieder vermittelt werden. Dazu müssen alle allgemeinbildenden Abschlüsse mit entsprechender Qualität hinterlegt werden. Die Übergänge in die erfolgreiche Berufliche Bildung werden gerade durch den Haupt- und vor allem den Realschulabschluss geebnet. Die Konzentration auf diese Abschlüsse erfordert spezifische, differenzierte Begleitung und entsprechende Qualitätsanforderungen. Es war der größte Fehler in einigen Bundesländern, diese Differenzierung auf dem Altar einer falsch verstandenen ‚Gleichheitsphilosophie‘ zu opfern. Es ist an der Zeit diese verheerenden Zahlen entsprechend zu interpretieren und endlich die richtigen schulstrukturpolitischen Schritte einzuleiten.“

Namen und Nachrichten

In zweiter Lesung wurde am 2. März 2023 der Gesetzentwurf zur Neuausrichtung orts- und familienbezogener Besoldungsbestandteile vom Bayerischen Landtag verabschiedet. Die Verkündung des Gesetzes wird zeitnah erfolgen. Mit Verkündung des Gesetzes tritt dieses rückwirkend zum 1. Januar 2023 in Kraft. Die Neuberechnung des Orts- und Familienschlags und dessen Auszahlung wird voraussichtlich schon mit den April-Bezügen erfolgen, wie der **Bayerische Beamtenbund (BBB)** mitteilte.

Der Landesvorsitzende des **tbb beamtenbund und tarifunion thüringen** Frank Schönborn wurde von den mdr-Rundfunkratsmitgliedern der Landesgruppe Thüringen am 2. März 2023 zum stellvertretenden Vorsitzenden der Landesgruppe gewählt. Die Landesgruppe hat die Aufgabe, die regionalen Angebote des MDR zu überwachen. Insbesondere, ob das öffentliche Geschehen, die politischen Ereignisse, die Entwicklung von Klima und Umwelt, das kulturelle Leben sowie die wirtschaftliche Entwicklung dargestellt und eingeordnet werden.

Termine:

28. - 30. März 2023,

3. Runde Tarifverhandlungen Bund und Kommunen

Weitere Informationen unter www.dbb.de/einkommensrunde

24. - 25. April 2023,

5. dbb forum Inklusion und Teilhabe

Weitere Informationen unter dbb.de.

18.- 19. September 2023

14. Forum Personalvertretungsrecht

Weitere Informationen folgen.
